

Bezugspreis

Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Bestellung 2,75 M., durch
den Post 3 M., pro monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Nachschlag.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5882 des antil. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ernst Schulte in Halle.

[Ferndruck-Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u.
Kielstadt-Str. 176.]

Stale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Ergehen

Wenn die Stalezeitung oder deren Nummer
mit 20 Pf., solche aus Halle mit
15 Pf. bezogen und in der Expedition,
von welchen Annahmestellen die in allen
Kantonen Expeditionen angenommen.
Bestellen die Stale 60 Pf.
Erhalten wöchentlich postfrei;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck anderer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 570.

Halle a. d. Saale, Montag den 6. Dezember.

1897.

Deutsches Reich.

Pol- und Personalnachrichten.

Berlin, 5. Dez. Prinz und Prinzessin Heinrich
taufen gestern Vormittag in Baden-Baden etc. Sie wurden am
Bauhof von dem Erbprinzenherzog und der Erbprinzenherzogin
empfangen und von ihnen nach dem großherzoglichen Schloß
geleitet. Heute Vormittag 11 Uhr reisten sie wieder ab, zunächst
nach Darmstadt.
Die Kaiserin Friedrich wird am 15. d. zum Winter-
aufenthalt in Berlin erwartet.

Die Flottenfrage und die Parteien.

Aus Berlin, 5. Dez. schreibt man uns: Am Montag be-
ginnt die Beratung des Flottengesetzes im Reichstage. Die
Parteien haben infolgedessen dazu bereits zum größten Theile
Stellung genommen. Die nationalliberale Fraktion des
Reichstages hat das Flottengesetz durchberathen und sich
einmüthig auf den Vorden der Vorlage gestellt. Sie erachtet
dieses grundsätzlich als berechtigt und angemessen, um den
Aufbau der Flotte in dem Maße zu gewährleisten, wie es
die Wahrnehmung der Lebensinteressen des
Reiches zur See verlangt. Die „National-Zeitung“
Gruppe, die sich lebhaft gegen das Flotten-
gesetz ausgesprochen hat, kommt durch diesen Beschluß in
einige Verlegenheit. Von der freijünglichen Volkspartei
wurde beschloffen, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen.
Die Konserverativen sind für, die Sozialdemokraten
gegen die Vorlage. Die Centrumsfraktion trat am
Freitag abend zusammen. Es entspann sich eine sehr lebhaft
Debatte, die im großen und ganzen einen nur informativsten
Charakter trug. Wie ein parlamentarischer Berichterstatter
erfahren haben wir, herrschte sehr starke Neigung, der Vorlage,
weil sie eine Festlegung nach der finanziellen Seite ent-
hält, lebhaften Widerspruch entgegenzusetzen. Namentlich
aus Süddeutschland erhoben sich der Vorlage feindlich ge-
stimmte Stimmen, es wurde sogar von diesen der Versuch gemacht,
sich gegen die Fraktion auf die Opposition zu stellen. Dieser
Aufschiebung wurde von leitenden Stellen jedoch entgegengetreten
und die Partei der freien Hand für die nächste Zeit
empfohlen. Den Führern der Debatte zum Bewußtsein ge-
kommen, daß das katholische Volk eines gewissen Verdunkelungs-
für die Vertretung einer kräftigen Seemacht sich erheben, und
die in China gefährdete Sade der Mission oder Förderung
jenseits des Centrums bedürfe. Namentlich der letztere Gesichtspunkt
zwingt das Centrum, in der Behandlung der Marine-
vorlage Vorsicht walten zu lassen. Hier kommt auch die
Rücksicht auf das Verhalten der Kurie für in Betracht. Der
Papst muß mit seinen Sympathien auf der Seite der Mission
stehen und hat auch ein Interesse, aus diesem Grunde einer
Weltmachtspolitik Deutschlands zur See nicht abzuwenden
gegentherzusetzen. Das Centrum muß sich hüten, nach dieser
Richtung die Wege der Kurie zu freuzen. Abg. Fieber wurde
schließlich beantragt, am Montag namens des Centrums in
einer Weise zu sprechen, die seine Partei in keinem Punkte bindet.
Er wird also eine der berühmten Centrums-Schuldenreden
halten. Man sieht aber, wie recht wir hatten, als wir bei der
Aufstellung der deutsch-schweizerischen Frage die nicht ungeschickte
Taktik des Herrn v. Bülow hervorhoben, durch den Schutz
der katholischen Missionen das Herz des Centrums für die
Flottenfrage etwas weicher zu stimmen. Wie wir weiter
vernehmen, soll man in Centrumskreisen mit dem Plane umgehen,
der Regierung ein Kompromiß vorzuschlagen, dahingehend,
die Flottenvorlage nicht auf 7, sondern nur auf 5 Jahre zu
erwidern, damit ihre Gültigkeit nicht die Gültigkeitdauer des
nächsten Reichstages übertrage. Man darf aber wohl annehmen,
daß die Oppositionströmung im Centrum schließlich doch
stärker sein wird als die Kompromißstrebungen. Allen
Aufschiebungen wird auch die Regierung sich bleiben. Der
„Darm. Corr.“ schreibt, der Reichstagler werden am Montag
die erste Verhandlung mit einer Erklärung einleiten. Die ver-
bündeten Regierungen würden unbedingt an dem Flotten-
gesetz festhalten. Die Annahme, daß die Regierung die Form
der gesetzlichen Befugnis nur gewährt hätte, um sie eventuell
als Kompensation für reichliche Bewilligungen fallen zu lassen,
sei eine irrtümliche. — Die freijüngliche Vereinigung in
Hamburg plant Kundgebungen für das Flottengesetz. Die
Fraktion im Reichstag wird voraussichtlich das Flottengesetz
ablehnen, dagegen die Forderungen im Etat bewilligen. Sie
wird erst am Montag ihren Beschluß fassen.

Deutschland und China.

Trotzdem die Einzelheiten der Vorgänge des Kiautschau-
zusammenfalls noch in ein gewisses Dunkel gehüllt sind, so daß
sich gegenwärtig nicht die gesammten Folgen der ganzen
Operationen unserer Marine- und Schantung überlegen
lassen, kann man doch schon heute von einer kleinen Wohl-
thatigkeit unserer Flotte allein in dieser Angelegenheit sprechen;
denn nach den neuesten Meldungen über die erneuten Ent-
scheidungen von Seeoffizieren und hat heute die Marine-
verwaltung bereits Ordre ertheilt, nicht weniger als den
fünftel Theil der gesammten Kraftfahrzeuge unserer Flotte auf
der chinesischen Küste zusammenzuführen. Sobald erst alle
Schiffe des Kiautschau Kreuzergruppen abwärts und auch die Fuß-
truppen in Kiautschau verpackt sein werden, wird die Kraft-
fahrzeuge unserer Marine- und Schantung auf chinesischen Boden
betreten:

1. In der ersten Division unter dem Direktor Diefenbach des
Vizeadmirals v. Diederichs 1642; 2. in der zweiten Division
unter dem Kommando des Prinzen Heinrich 1384; 3. an Bord
des Stationskreuzers „Coronator“ 160; 4. in dem Detachement
Seeoffiziere 1000 und 5. in jenen der Matrosenartillerie 200;
in Summa 4366 Mann.

Seit dem Besetzen des Seeabtheilungs hat man noch nie diese
Truppe in gleicher Stärke zu einer Operation nach dem Aus-
lande verwendet. Die Zusammenziehung der gesammten Schiffe
und Mannschaften auf der Küste und dem Festlande von
Kiautschau wird sich nach und nach vollziehen. Heute befinden
sich vorerst noch die Schiffe „Stößer“, „Prinzess Wilhelm“,
„Arcona“ und „Coronator“ dort. Bald dürfte auch die „Irene“,
aus Hongkong in das Hafenbecken einlaufen. Noch vor Jahres-
schluß wird sich also die „Kaiserin Augusta“ in den
Schantungsgewässern einfinden, die bereits am 7. d. in Colombo
erwartet wird, und in den ersten Wochen des neuen Jahres
steht endlich die Ankunft der Panzerkreuzers „Deutschland“ mit
dem Prinzen Heinrich an Bord, des Kreuzers 3. Klasse „Gefion“
und ferner der Transport der Marine-Infanteristen und
Matrosen-Artilleristen zu erwarten. Wie die „Deutsche Tages-
zeitung“ hört, sollen auch Freiwillige der Feldartillerie
mit ein Detachement Pioniere nach China abgeordnet werden,
so daß die Gesamtstärke der nach Ostasien abgehenden Truppen
gegen 1500 Mann betragen soll. Die „Freie Bl.“ weist
angeführt der Zusammenziehungen darauf hin, daß die See-
Infanterie und die See-Artillerie in keine drei auswärtsigen
Expeditionen dezent sonst bestimmt sind.

Die See-Infanterie besteht aus 2 Bataillonen zu 4 Com-
pagnien mit je 40 Offizieren und 1100 Mannschaften. Im
Verzuge findet eine Veranschlagung der See-Infanterie statt
durch Einziehung aus dem Verlaufsbestand der Marine- und
Landwehr. Bis zum v. J. war die See-Infanterie theils für
den Schiffsbetrieb, theils für den Küstendienst bestimmt. Seitdem
ist die See-Infanterie zum Schiffsbetrieb gänzlich ein-
gesetzt worden. Die See-Infanterie wurde dabei beibehalten
als eine Truppe, ausschließlich bestimmt, bei der Vertheilung
im Kriegsfalle mitzuwirken. Wichtig demselben Zweck
hat auch die See-Artillerie oder, wie sie jetzt genannt wird,
Matrosen-Artillerie, der anderen noch die Vertheilung
einer Anzahl Seeoffiziere übertragen ist. Unter der
Bezeichnung von Seeoffizieren schiebt die Matrosen-Artillerie 2198
Mann. Die Matrosen-Artillerie ist bisher niemals außerhalb
Deutschlands verwendet worden, die See-Infanterie unersetz-
liches Wissen nur einmal vorübergehend in Kommando nach dem be-
vorstehenden Schutze der herangezogenen Flotte der See-Infanterie
und Matrosen-Artillerie ist auch in dem neuen Flottenplan
der Regierung nicht vorgesehen.

Wie man der „Post“ mittelt, ist es nicht zutreffend, daß im
inneren Hafenbecken von Kiautschau Geschwader der fremden
europäischen Mächte eingelaufen sind, um die Maßnahmen
und Bewegungen unserer Marine- und Schantung zu beobachten,
da Vizeadmiral von Diederichs eine Kontrolle seiner ge-
troffenen Dispositionen auf das Energischste protestiren würde,
so lange er auf Kiautschau zum Verbleiben die Hand gelegt hat,
und die chinesische Regierung den gestellten Forderungen über
die in Frage stehenden Entscheidungen nicht nachgekommen ist.
Dagegen werden mehrere Anzeichen darauf hin, daß nun auch
die anderen Mächte daran gehen, zur Herbeiführung des Gleich-
gewichtes sich auf chinesischem Boden Kompensationen zu
nehmen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Shanghai
verlangen die Franzosen in Konking Seeabtheilungen an
den Grenzen der Provinzen Kwangsi und Szechuan, ferner die Er-
läuterung eines Gesandten zum Jinnan nach Ostasien zu bauen,
sowie die Ernennung französischer Zollbeamten in Kwangsi,
Kwangsi, Szechuan und Ostasien.

Dagegen dürfte ein Verzicht Japans, zu Gunsten Chinas
zu interveniren und eine Art asiatische Neurochirurgie zu
insurgiren, von Deutschland, Frankreich und Rußland eine
gemeinsame Zurückweisung erfahren. Die „R.“ schreibt zu
den chinesischen Verwicklungen bezüglich der ewigen Haltung
Japans:

Dank der verpflichtenden ostasiatischen Dreifachbündelpolitik vom
Jahre 1895 finden Japan auch heute eine Koalition der
Mächte Deutschland, Rußland und Frankreich auf
dem Wan, gegen die ihm jetzt wie damals jeder Widerstand
ausichtslos erdienen muß. Verträge es trotzdem, sich gegen
sie anzuknüpfen, so wäre die ziemlich sichere Folge, daß Ruß-
land und Frankreich die Hand auf Szechuan legen und damit
den Einfluß Japans selbst als militärische Macht Ostasiens
für unabwehrbare Zeit macht. Wir halten, so sagt das
genannte Blatt, es für wohlgegründet, daß sich die klugen
Staatsmänner Japans dieser Einsicht nicht verschließen und
daher aus ihrer beobachtenden Haltung nicht heraustreten
würden.

Wir fügen hier noch eine anscheinend offiziöse Kundgebung der
„Post“ über den deutsch-chinesischen Zwischenfall an. Das
Wochenschriftblatt schreibt nämlich:

In den letzten Tagen schwirren wieder zahlreiche Gerüchte
über die Kiautschau-Angelegenheit umher, die von aus-
ländischen Correspondenten meist mit der Absicht in die Presse
sancirt sind, die Stellung Deutschlands in der öffent-
lichen Meinung zu debilitiren. Neuerdings hieß es sogar,
daß Rußland Widerspruch gegen das Vorgehen unserer
Reichs- und die Verlegung der Bai erobert habe. Alle diese
Behauptungen, entgegen jeder thatsächlichen Unterlage, zunächst
geht die diplomatische Arbeit Deutschlands über diese An-
gelegenheit ruhig fort. Gänzlich falsch und verfehlt würde es
sein, wenn namentlich die deutsche Presse, wie es in letzter
Zeit öfters geschehen, die Verhandlungen durch den Abdruck von
der Luft gegriffenen Meldungen unnötig sollte. Vollständig
weder zu unterschätzen noch zu pessimistischen Erörterungen
ein Anlaß vor; insbesondere ist anzuerkennen, daß von der Reichs-
regierung erzwungenen Maßregeln nicht daran zu denken, es
würde sich Deutschland mit einem sogenannten faulen
Frieden begnügen. Bisher wird unternommen an der Er-
wartung festgehalten, daß es der deutschen Diplomatie gelingen
wird, durch Verhandlungen mit den im Osten asiens inter-
essirten Mächten die betreffende Angelegenheit ohne jeden
störenden Zwischenfall ruhig zu Ende zu führen.

Deutschland und Gallien.

Die „Post“ wendet sich gegen die aus französischer Quelle
stammenden aberneren Verdächtigungen der deutschen Politik, daß
sie bei ihrem Vorgehen gegen Gallien sich mit Anreizungsgebanen
trage.

Heber die Absichten der deutschen Reichsregierung — so
sicherlich der Welt hierzu in den beiden Großmächten
volle Klarheit gegeben worden. Was Deutschland verlangt,
liegt klipp und klar zu Tage. Wir wollen keinen Raub-
erwerb, weder in größerem noch kleinerem Umfang, sondern
nur Entschädigung für die gegen Vides und sein Eigen-
thum begangenen Verletzungen. Die Basis von dem
Republik zu entrichtende Summe dürfte allerdings einen
Umfang erreichen, der den Kosten der maritimen
Expedition Deutschlands zugleich mit entspricht.
Sollten die Beherrschung Galliens es für gut befinden, zunächst
den deutschen Verlangen zu treten, so werden scharfe Maß-
regeln einer Verweigerung auf dem Wege folgen und zwar
in der Weise, daß zunächst die Küste erschüttern, bei
weiterer Resistenz die Stadt mit den Regierungsg-
ebäuden beschossen werden. Allerdings ist aufsehend
gedachte Hoffnung auf eine schnelle Unterwerfung der
Republik unter den Willen Deutschlands der Anwendung der
stärksten Mittel vorhanden.

Konserverative, Bündler und Antifemiten.

Auf konserverativer Seite scheint man nunmehr dem
Wund der Landwirthe ein Ultimatum bezüglich seiner
zweideutigen Haltung gegenüber den die Konserverativen
bestimmenden Antifemiten stellen zu wollen. Die „Kon-
serv.“ schreibt:

„Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Stellung des
Bundes der Landwirthe im Interesse der Landwirthschaft die
Verpflichtung habe, unabweisend gegen alle Parteigangs-
aktionen Stellung zu nehmen. Bis jetzt ist das noch nicht ge-
schehen. Es wird also die unabweisbare Aufgabe der kon-
serverativen Partei sein, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen.
Bedenkt man, daß der Wund der Landwirthe nicht zum ge-
richtigen Ziele durch die in der „Deutschen Tageszeitung“
Mitglieder erhalten wird, so ergibt sich von selbst die
Verpflichtung des Verlangens, daß diese Gebührende nicht in-
direkt zur Stärkung der konserverativen Partei verwendet
werden dürfen. Dies geschieht aber, wenn die Bundesleitung
die antifemiten Einträge durch „wohlwollende Neutralität“
begünstigt oder gar, wie durch die „Deutsche Tageszeitung“
geschehen, dadurch direkt fördert, daß gedruckt wird, diese oder
eine antifemitenische Sonderabtheilung „wäre wohl unterblieben,
wenn der Kreis einen entschiedenen Konserverativen auf den
Schild geboten hätte“. Wir müssen dagegen bestimmt Ver-
wahrung einlegen, daß das Organ des Bundes der Land-
wirthe in dieser Weise als Centrum über unsere Bundesdaten auf-
tritt und helfen das Verlangen an die Bundesleitung,
gegen diese, die Antifemiten begünstigende Haltung ihres
Organs einzuschreiten.“

Wichtig schreibt ein gewöhnlich in die Auffassung der kon-
serverativen Parteilung eingeweihter Berliner Korrespondent
der „Schl.“ Ztg.:

„Es ist auf konserverativer Seite höchst missiglich angenommen
worden, daß die „Deutsche Tageszeitung“ die Auffassung anti-
femitenischer Sonderabtheilungen, die das Blatt, wenn es seine
Aufgabe richtig erfaßt, unbedingt bekämpfen müßte, dadurch
sogar als entgeltlich, ja, gemäßigten als berechtigt hin-
gestellt hat. In der That ist die konserverative Partei eine
„weiche“ Männer oder als nicht „entschieden“ antifemitenische
hinsteht. Durch eine solche Kritik offenbart das Bundesorgan,
daß es de facto auf der Seite der Antifemiten steht, und wie
sich können verstehen, daß die Stimmung weiter konserverativer
Kreise trübe ist, daß man sich fragt, ob man unter solchen
Bedingungen in der That der Landwirthe die Hand zu reichen
noch Worth zu legen habe. In Wahrheit ist, wenn die Partei
der konserverative Bestand gefestigt ist, braucht man die Hilfe
des Bundes nicht; wendet sich die Bundesleitung aber in ge-
fährdeten Wahlkreisen auf der Beiläufigkeit hinabzudenken,
mit Maß gegen die Konserverativen erklären Antifemiten an, so
werden die konserverativen Bundesmitglieder sich rasen müssen,
ob sie durch weitere Mittheilung dieser Angelegenheit in die
gerichteten feindlichen Art stillschweigend billigen oder sich
nicht selbständig organisiren sollen. ... Bevor in die Wahl-
bewegung eingetreten wird, muß eine vollständige Klärung
dieser Angelegenheit herbeigeführt werden. Auf konserverativer
Seite ist man dem fest entschlossen. Wir hoffen, daß die
Leitung des Bundes der Landwirthe einschließend genug sein
wird, zu dieser notwendigen Klärung die Hand zu bieten.“

Summe wieder scheint man es auf konserverativer Seite zu ver-
sehlen, daß die Partei fast nichts mehr als sich selbst darstellt,
sondern ihre Stärke zumeist dem Wunde verankert. Verläßt sie
dieser, so ist sie verfallen. Die „D. Tagesztg.“ antwortet dem
auch schon äußerlich kühl:

„Die Aufgabe des Bundes ist unersetzlich ein Politik
der Sammlung auf der Grundlage einer nationalen Wirth-
schaftspolitik. Der Wund kann also in jedem einzelnen Falle
nur demüthig bleiben, die Wandlungsgegenstände (1) aller Parteien,
die auf einem solchen Boden stehen, zu verurtheilen und die Aus-
stellung solcher gemeinsamen Kandidaten in den einzelnen
Wahlkreisen zu propagiren, für die alle nationalökonomischen
Elemente eintreten können. Und diese generelle Sammlungs-
arbeit muß der Wund nicht nur zwischen Konserverativen und
deutsch-politischen Reformen verbinden, sondern dieselbe Tendenz
Elemente des Centrums, die rechts-Nationalen und demjenigen
schließen. Zu allgemeinen wird das auch erfolgen können,
selbst wenn sich in einzelnen Wahlkreisen die persön-
lichen Verhältnisse zu günstig haben, daß sich gemäßigter
Abstrahlungen der Parteien, die nach ihren Tendenzen un-
abweisend gehen sollten, nicht mehr vermeiden lassen müßte.“

Sehr schon ist sich gegen die Konserverativen dieser Tage
aus der Reichstagsabgeordnete Werner in einer Versammlung
zu Berlin aus:

„Die Zeit ist jetzt reifer, wo die Antifemiten der Konser-
vativen Verordnungen leichten und dann dafür mit Antifemiten
drausgelassen wurden. Die einzigen Organ der Konserverativen

Teil der Tagesordnung wird mit 490 gegen 18, der zweite mit 328 gegen 17 Stimmen angenommen. Der Deputy Chamberlain beantragt, in die Tagesordnung den Artikel einzufügen, dass die Kommission die Erklärungen Wilson's billige. Dieser Punkt wird mit 325 gegen 153 Stimmen genehmigt. Der Deputy Chamberlain beantragt, der Tagesordnung noch die Worte hinzuzufügen, dass die Kommission die Erklärungen der verschiedenen Campagne brandmarkte. Bei der Abstimmung ist jedoch die Mehrheit für die ursprüngliche Fassung mit 208 gegen 65. Die Sitzung wird deshalb auf 5 Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der Vorlesungsrat mit 154 gegen 77 Stimmen angenommen und schließlich die gesamte Tagesordnung in ihrer nunmehrigen Gestalt mit 313 gegen 65 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird sodann geschlossen. Der Pariser Minister und seine Begleiter haben eine wahre Erleichterung des öffentlichen Bewusstseins herbeigeführt, die Ehre des Heeres steht unberührt da und sei erhaben über jeder Diskussion.

Der Aufbruch in Prag.

Die glücklichen Tage des Ruhestretzes gegen die Deutschen in Prag sind in der Nacht vom 27. auf den 28. September beendet. Die Besatzung der Stadt hat sich am Morgen um 4 Uhr in die Straßen zu verlegen. Am Morgen ist Ordnung und Sicherheit dort noch keineswegs gewährleistet. Die Zahl der Wohnungen und Geschäftstafeln, wo die Fenster zertrümmert wurden, beträgt 800, die Zahl der geklirrten brennenden Geschäftstafeln 44. Fortwährend werden sich bei der Polizei-Inspektion Personen, die ihr ganzes Hab und Gut verloren haben. Viele Geschäftstafeln sind ganz zu Grunde gerichtet. Das Tragen von Tricoloren ist noch immer gestattet, wodurch indirekt die Propaganda der Deutschen begünstigt wird. Durch die neuen Nachforschungen werden immermehr Einzelheiten bekannt, die die geschehenen Unthaten noch furchtbarer erscheinen lassen, als bisher schon berichtet worden, und bei zahlreichen Minderern wird jetzt Schuß, Stieb, Stich, Verwundung und Tod zu erwarten sein. Die Töchter und verwandten zwischen den vier Wänden ungarischer, deutscher Männer, Frauen und Kinder, zerstört die Einrichtung und schleppen alles Wertvolle fort. Am meisten geschädigt veranlassen in den Vororten Weinberge und Bäume. In letzterem Orte ist auch eine leipziger Firma in Mitleidenschaft gezogen worden, nämlich die dortige Fabrik der großen leipziger Firma Schimmel & Co. (überdies Dele) gänzlich zerstört. Mit Äxten wurden die Fensterkreuze und das große massive eiserne Eingangstür eingestrichelt, so daß die Beamten sich über die Nachbarnäher stützen mußten. Vorher waren brennende Fässer durch eingeschlagene Fenster genossen worden, um die Fabrik in Brand zu stecken. Durch dieses Verbrechen sieht die Firma sich veranlagt, ihre seit 14 Jahren dort bestehende Filiale aufzugeben, bezw. nach einer anderen Stadt Österreichs, wo derartige Dinge nicht vorkommen können, zu verlegen. Noch ein weiterer Vorfall wird mitgeteilt, nämlich, daß das in Prag stationierte Bataillon des 28. Infanterie-Regiments König Humbert von Italien, welches Regiment sich aus Prag leicht erhebt, bei der Verwendung gegen die tschechischen Minderheit gänzlich verjagt. Die Truppen begünstigen die Auftritte von Nazdar-Rufen, anstatt auf dieselben einzudringen, und liegen trotz des Verbotes alles durch den Corbon. Die Unterdrückung wegen der Ausschreitungen ergab insbesondere bezüglich der Veranstalter der Bewegung geradezu sensationelle Anhaltspunkte. Das Hauptquartier der Führer, wo über die Art der planmäßig betriebenen Ausschreitungen beraten wurde, befand sich in einem Hause auf dem Wenzelsplatz. Die Behörde benutzte freilich Stillschweigen, ob und welche Papiere in diesem Hause beschlagnahmt wurden, doch wird bekannt, daß sich der Verdacht auf Personen erstreckt, die durch ihre gesellschaftliche Stellung bisher hohe Achtung genießen. Bereits in den nächsten Tagen wird man sich die Ergebnisse der Untersuchung Anhaltspunkte finden durch eine Reihe von Verhaftungen. Unter denjenigen, die auf die sich ganz bestimmte Verdachtsgründe lenken, sollen sich auch Persönlichkeiten befinden, die bismarckisch unter dem Schutze der Immunität stehen. Die prager Polizei ist fortgesetzt eine große Anzahl anonymen Anzeigen, in denen verschiedene Personen der Intelligenz an den Ausschreitungen oder der Anstiftung dazu beschuldigt werden.

Gerichtsweise verurteilt, der Statthalter von Böhmen, Graf Codenhofer, solle abberufen und durch einen General oder Militärstatthalter ersetzt werden. Der österreichische Ministerpräsident sagte der Deputation des Senats der prager deutschen Universität den ersten Schritt zu. Der Unterrichtsminister Graf Latour erklärte mit Deputierten der deutschen Universität und der deutschen technischen Hochschule in Prag die Frage, ob die Vorlesungen fortzusetzen oder einzustellen seien.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Delegation erhielt am Sonnabend das Schreiben des Heeres. Der deutsch-böhmische Soldat in v. Wellenlof hob die Notwendigkeit eines guten Einverständnisses zwischen der Bevölkerung und dem Heere hervor, befragt die Wünsche in Graz und verlangte eine Unterdrückung der von ihm angeführten Fülle. Mehrer schloß mit einem Appell an die Kriegsverwaltung, die deutsche Sprache als Heeres-Sprache beizubehalten. Rastan kritisierte das Vorgehen des Militärs in Prag und nimmt dem Vortrager Soldat v. Wellenlof darin zu, daß es ein Fehler gewesen ist, böhmische Militärs zur Unterdrückung der Unruhen in Graz zu verwenden. Mehrer führt einzelne auf das Vorgehen des Militärs in Prag bezügliche Fälle an und bittet den Minister um strenge Bestimmungen und Befehle an die in Prag stationierten Truppen. Schließlich vertritt Mehrer die Sprache, daß die Armee und verlangt, daß die Regimentsstärke streng von der Kommandostärke getrennt werde und daß die Offiziere der Regimentsstärke mächtig seien. Der deutsch-böhmische Abgeordnete Rastan führt aus, das Verhältnis der Armee zur Bevölkerung

sei stets ein ungeheures gewesen, er wünsche, es möge stets eine vorzügliche Verwaltung Platzgreifen. Mehrer spricht die Kriegsverwaltung seinen Dank für das Verhalten der Armee während der elementaren Ereignisse in der letzten Zeit aus; seine Partei könne jedoch für das Verbrechen nicht stimmen, da das Verhalten zweifellos nicht rechtlich und ungarn in Wien ein ungesetzlich sei. Die Christlichsozialen Dr. S. S. S. erklären, aus demselben Grunde das Kriegs- budget stimmen zu wollen. Beide sowie der deutsch-böhmische Abgeordnete Rastan wünschen eine Herabsetzung der aktiven Dienstpflicht auf 2 Jahre. Der Redner Dr. Ritter v. S. nimmt das Militärwesen seines Vaterlandes während der Unruhen in Schutz und erklärt, die Polen würden für die Armee stets alles thun, was in ihren Kräften liegt. Die Generaldebatte wird darauf geschlossen.

Trotz der Schwierigkeit der Lage hat nach der „N. Fr. Pr.“ die österreichische Regierung noch nicht alle Hoffnungen auf das Zustandekommen des Ausgleichsprojekts mit Ungarn aufgegeben. Die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Gautschi und den Parteien sind noch nicht formell abgebrochen. Vielmehr wird die offizielle Lösung ausgegeben, daß dieselbe fortgesetzt werden sollen, und für heute ist eine abermalige Besprechung des Ministerpräsidenten mit den Führern der Linken anberaumt. Zugleich gelten in parlamentarischen Kreisen die Verhandlungen als gescheitert, und man sieht dem Fortgang derselben mit größter Skepsis entgegen. Die Jungtschechen verbreiten die Verhandlungen seien nicht an der Sprachfrage, sondern an den Forderungen der Linken, daß das Präsidium zurücktreten und die lex Falkenhayn beseitigt werden müsse, gescheitert. Richtig ist, daß die Jungtschechen die Zustimmung in der Sprachfrage außer die Zurückhaltung zu beobachten und die beiden anderen Forderungen der Linken in den Vordergrund zu schieben, die sie bekämpfen und ablehnen. Eine Einigung in der Sprachfrage ist nicht angebahnt; derselben wurde bisher nicht einmal näher getreten. Einen stark fördernden Einfluß übten die böhmischen Feudalen aus, indem sie den autonominischen Standpunkt betonten und forderten, daß die Sprachfrage unter Ausschluss jeder anderen Lösung nur im böhmischen Landtag geregelt werden dürfe.

In der Plenar-Sitzung der ungarischen Delegation wurde am Sonnabend das Heeresbudget in dritter Lesung behandelt. Von den 30 Revisionen, welche anfänglich der Wiener Kundgebung vom 26. bis 28. November angelegt worden waren, wurden 17 freigegeben. Einer der Anträge wurde zu 8 Tagen, einer zu 3 Tagen, die übrigen zu Arreststrafen von 24 resp. 48 Stunden verurteilt. In dem Budget gegen 36 Revisionen wegen der am 21. September in Jenua (Bezirk Marzafino) erfolgten Ermordung von Beamten beantragte der Staatsanwalt! bei 27 die Todesstrafe, bei 4 Angeklagten Freiheitsstrafen. Das Urteil wird in der nächsten Woche gefällt werden.

Der ungarische Unterrichtsminister hat die Dekrete von S. K. M. v. 18. 10. 1918 in den Mittelstellen verordnet.

Frankreich.

Das erste pariser Kriegsgesicht, vor das Graf Czerbay nach der Entscheidung des Generals Cauffier zu stellen ist, besteht aus dem Bataillonser-Jervin, dem Berichterstatter Navary, den Offizieren Ballesca und Boule und drei weiteren noch zu bestimmenden Persönlichkeiten. Der auf Spionage bezügliche Teil der kriegsgerichtlichen Verhandlung wird geheim gehalten werden. Graf Czerbay ist bisher nicht verhaftet. Als ihm die Entscheidung Cauffier's bekannt gegeben wurde, sagte er: „Nicht so, entweder reingewaschen oder zwölf Augen in den Leib!“ Das Kriegsgesicht kann übrigens nicht vor drei Wochen zusammentreten. — Gegenüber der Erklärung Boisdefres, daß er Czerbay nicht gefasst habe, hebt der „Intransigant“ hervor, daß Boisdefres Czerbay häufig zu Ehrenzeiten vernommen hat. Während des Prozesses werden ebenfalls Boisdefres sehr belästigende Schriftstücke vorgelesen werden. Der „Recht Parisien“ der sonst gut unterrichtet ist, meldet, daß sieben Generals-Adjutants-Offiziere in der Dreyfus-Czerbay-Angelegenheit vermindert seien, und daß mehrere Verhaftungen von Offizieren bevorstehen. — Die Gegner von Dreyfus sind während über die Entscheidung Cauffier's, die Czerbay kurz vor das Kriegsgesicht verweist. Drumont droht eine Revolution an, falls Dreyfus nach Frankreich zurückkomme, während die „Patrie“ die Ausweisung aller Deutschen fordert, da Deutschland die Dreyfus-Angelegenheit angezettelt habe, um die französische Armee zu vernichten. Rodefort geberdet sich in seinem Blatte wie wahnwütig.

Am Schluß der Sitzung der Deputiertenkammer am Sonnabend kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Josef Reichard und Willeram, infolge deren Reichard Willeram seine Beizeug laudte. Es wurde ein Protestvotum beschlossen, das geltend vermittelte bei Präsidenten Rath und bei zweimaligem Regelwechsel unzulässig verließ.

Italien.

Die Deputiertenkammer genehmigte am Sonnabend das provisorische Handelsübereinkommen zwischen Italien und Bulgarien. Der Kriegsminister General Pelloux ist aufgebracht über die Verhärterheit, womit die Kammer gegen seinen Widerspruch im Besonderegesetz eine Bestimmung aufgenommen hat, die den Antritt persönlicher Dienst-Verpflichtungen hat; er glaubt, sein Ansehen dem Heere nur durch den Rücktritt aufrecht halten zu können. Wie die „Opinion“ meldet, beschloß Pelloux auf seiner Demission, trotzdem der König, Rubini und die anderen Minister in ihn gedrungen sind, von seinem Entschlusse abzuhellen. Zu heute Vormittag sei ein Ministerrat zusammenberufen worden, um den entzweiten Entschlusse Pelloux entgegenzunehmen und eventuell darüber zu beraten. Falls Pelloux bei seiner Demission beharre, würden jedenfalls heute der Kammer einige Mitteilungen gemacht werden. Der „Riforma“ zufolge würde man die Demission des gesamten Kabinetts bekannt geben. Das Kabinet dürfte sich alsbald wieder unter dem Präsidium di Rubini's rekonstruieren.

Die mehrfach angeordnete Maß des Dichters Gabriele d'Annunzio zum Abgeordneten wurde am Sonnabend bestätigt.

Spanien.

Die Königin-Regentin unterzeichnete den Erlass betreffend die Auflösung der Cortes. Die Neuwahlen finden im März statt. Ministerpräsident Sagasta ist erkrankt und muß das Zimmer bitten.

Aus dem Orient.

Der definitive Friedensvertrag zwischen Griechenland und der Türkei ist nunmehr endlich am Sonnabend in Konstantinopel unterzeichnet worden. Fast acht Monate ist es her, daß nach zahlreichen vorangehenden Friedensgesprächen an der thessalischen Grenze die Türkei an Griechenland (am 18. April) den Krieg erklärte. Vier Wochen dauerte der für die griechischen Waffen so ruhmvolle Feldzug, und die ganze seither verfloßene Zeit ist durch die schier endlosen Verhandlungen ausgefüllt worden, welche zunächst die vermittelnden Großmächte und dann, nach Abschluß des von diesen festgestellten Präliminarfriedens, die beiden Gegner direkt geführt haben.

In Konstantinopel eingeangene Konsulatsmeldungen über Truppenbewegungen in türkischen Byn und Creta um lassen vermuten, daß diese Maßnahmen des Entwurfs gegen verliche Grenzverletzungen richten, theils auf verliche Anzeichen einer Bewegung unter den russischen Amerikaner hin erfolgt sind. Die Botschaft hat, wie die „Birmingham-Post“ erzählt, eine kleine Anleihe von 20.000 Pfund Sterling aufgenommen, um damit den Gestanden einen Teil der rückständigen Gehälter auszahlen zu können. Derzeitige Gestände, der am längsten gewartet hat, werde schon in den nächsten Tagen seine Gehaltsquote bekommen, doch sollen nur die Rückstände bis Juni dieses Jahres zur Auszahlung kommen. — Ferner ermächtigte ein Ertrag den Marineminister, eine Anleihe im Betrage von 500.000 Pfund aufzunehmen zur Reorganisation der Schiffsfahrergesellschaft Mahute, deren Material sich als ungenügend erweisen habe. Ein zweites Ertrag ermächtigt den Marineminister, mit Krupp und Armstrong wegen Beschaffung von Kanonen für die Kriegsjalotte Verhandlungen einzuleiten.

Wie aus Athen verlautet, habe die Finanzkontrollkommission einen Entwurf betreffend die Finanzkontrolle und ein finanzielles Abkommen mit den Gläubigern Griechenlands ausgearbeitet; die Grundsätze des Entwurfs würden aber geheim gehalten. Die finanziellen Delegierten der Großmächte liegen die Hoffnung, daß Griechenland eine mit 3 1/2 Prozent zu verzinsende Anleihe erhalten werde, wenn es die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen annimmt; wenn Griechenland das nicht thut, dürfte die Beschaffung der Anleihe zweifelhaft sein.

Die Botschafter-Versammlung in Konstantinopel beschloß, die Verhandlungen über Creta geheim zu halten.

Aus Kiffimo auf Creta wird berichtet, daß sich die Aufständischen in den Distrikten von Sophika und Kiffimo besänftigen. Ueber die Verluste bei den Zusammenstoßen ist noch nichts bekannt.

In Griechenland scheint jede Belohnung für einen Ministererlöse befristet, da alle Parteien beschloßen haben, das jetzige Ministerium zu unterstützen.

Mittel- und Südamerika.

Während die spanische Regierung fortwährend günstige Anzeichen über Kuba ausgiebt, lauten die Meinungen der Madrider Blätter anders. So sollen sich nach dem „Imperial“ in den nächsten 80.000 Spanische Soldaten befinden. Von 200.000 Soldaten, welche die Regierung seit Beginn des Aufstandes nach Kuba sandte, wären kaum noch 70.000 selbständig. Ebenfalls ist eine baldige Beendigung des kubanischen Aufstandes unwahrscheinlich. Dabei werden in Havanna ausgereizt die bekannten Siegesgedenken fortgesetzt. So wird vom Sonntag wieder gemeldet, die spanischen Truppen hätten die Aufständischen bei Manzanillo geschlagen; letztere hätten die Flucht ergriffen, indem sie zahlreiche Tote mit sich fortnahmen. Die Verluste der Truppen werden auf 2 Tote und 40 Verwundete angegeben. — Diese Meldung stimmt mindestens höchst verdächtig. In der Provinz Matanzas sollen übrigens noch in Havanna weiter telegraphiert wird, die Arbeiten begonnen haben.

Afrika.

Ein merkwürdiges Gericht verzeichnet der Berliner Korrespondent des „Standard.“ Danach wäre der Khalifa geneigt, unter der Bedingung mit Ägypten Frieden zu schließen, daß er und seine Erben als Herrscher von Kordofan und Darfur anerkannt werden. Dafür wolle er Metemeh, Omdurman und das ganze Nubien räumen, die Oberherrlichkeit der Königin von England anerkennen, sein Land dem britischen Handel eröffnen und England erlauben, überall offizielle Vertreter zu ernennen und eine Expedition von Omdurman via Kordofan und Darfur nach Wadai zu bannen, die zum Tschad-See viel schneller verläuft werden könnte, als die französische Linie vom Niger.“ Hierin liegt wohl der Hauptzweck der ganzen Meldung.

Das in Massauah erscheinende Blatt „Africa Italiana“ meldet, die englischen Truppen in Ägypten würden Kassaia, Metemeh und Ucurri sowie die Defiles von Sabertan besetzen und am Ost-Flusse entlang über Nubien hinaus bis in die Gegend von Asas vorrücken. Die italienischen Truppen würden Gergat, Bida und ihre Stellungen an der Korovansstraße von Kassaia nach Nubien beibehalten. Dem Eingeborenen der Gegend von Kassaia werde freigestellt werden, entweder in englische Dienste überzutreten oder in italienischen Diensten zu verbleiben. Es sei festgesetzt worden, Ägypten habe an Italien eine Abfindungssumme für die Befestigung von Kassaia und die dajelst befriedlichen Waffen und Munition zu bezahlen.

Die Abtheilung für **Knaben-Anzüge** und Knaben-Mäntel befindet sich jetzt, nach bedeutender Vergrößerung, im Rathskeller-Neubau. **Geschäftshaus J. Lewin** Die Auswahl in allen Artikeln entspricht dem grossen Umfange des Establishments. Die Preise sind auf das denkbar Niedrigste festgesetzt. Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.



In fast allen Abtheilungen unserer Waarenlager haben wir

grosse Bestände im Preise bedeutend ermässigt.

Hierdurch bietet sich günstige Gelegenheit zum Einkauf schöner, praktischer und billiger

Weihnachts-Geschenke.

Als besonders vorthellhaft empfehlen wir:

Kleiderstoffe

in Seide, Wolle und Baumwolle, vom einfachsten bis hochfeinsten Genre.

Weisse Leinen

in allen Breiten und Qualitäten.

Weisse Bettdamaste

in wundervollen Dessins.

Bunte Bettzeuge

gewebt und gedruckt, reizende Muster.

Fertig genähte Bettwäsche

Bezüge, Inletts, Betttücher.

Bettfedern

beste doppelt gereinigte Waare.

Fertig genähte Wäsche

für Damen, Herren und Kinder.

Normal-Unterkleider

für Damen, Herren und Kinder.

Barchend-Hemden

für Männer, Frauen und Kinder.

Jagdwesten

in Wolle und Baumwolle.

Tuche und Buckskins

zu Herren- und Knabenanzügen.

Tafel-, Tisch- und Thegedecke

in sehr grosser Qualität- und Muster-Auswahl.

Einzelne

Tischtücher und Servietten

in allen Preislagen.

Taschentücher

weiss, weiss mit bunter Kante und bunt.

Handtücher

Drell, Jacquard und Damast.

Gelegenheitskauf!

Grosse Posten

einzelne reinleinene

Taschentücher.

Bettdecken

weiss, weiss mit bunter Kante, buntfarbig.

Schlafdecken

in Wolle, Halbwolle und Baumwolle.

Reform-Steppdecken

Handarbeit mit Seide genäht.

Reisedecken

aus Plüsch und Astrachan.

Angora- und Ziegenfelle

in vielen Arten und Grössen.

Gardinen

weiss und crème, abgepasst und vom Stück.

Teppiche

in vielen Qualitäten und Grössen.

Portièren

abgepasst und vom Stück.

Möbelstoffe

vom einfachsten bis besten Genre.

Begenschirme

in Seide, Gloria und Zanella bezügten.

Pelzwaaren,

Muffen, Baretts, Mäntel.

Schürzen

aus Seide, Wolle und Leinen.

Corsetts

bestehende Façons.

Unterröcke

aus Seide, Wolle und Baumwolle.

Blousen und Costumes

modernste Façons, tadelloser Sitz, für Haus, Promenade und Gesellschaft.

Morgenröcke, Kinderkleider

in eleganter und einfacher Ausführung.

Ball-Echarpes

in Wolle und Seide, zarte Abendfarben.

Capotten

aus Seidenplüsch, Rips, Tuch etc.

Reste aller Waarengattungen, um damit **besonders billig.**
zu räumen,

Neu aufgenommen: Herren- und Knaben- Confection.

Gutsitzende Façons, moderne, solide Stoffe.

Anfertigung nach Maass

unter Garantie.

Gelegenheitskauf! Damen-Jackets und Kragen.

Hervorragende Neuheiten dieser Saison.

Fabelhaft billige Preise.

Jeder am Lager befindliche Gegenstand ist mit jetziger billigster Preisangabe deutlich versehen, dadurch wird der Einkauf sehr erleichtert und ist Jeder, auch der Nichtkennner, vor Vertheuerung geschützt.

Wir bemerken ausdrücklich, dass wir nicht zu Gunsten der billigen Preise geringe Qualitäten anschaffen, sondern nach wie vor als Prinzip festhalten:

nur wirklich gute Qualitäten zu billigsten Preisen zu verkaufen.

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstrasse 23, part., I. u. II. Etage.